

Souveränes Deutschland?

Auch in der Neuauflage seiner Streitschrift „Nationale Interessen“ ist sich Klaus von Dohnanyi treu geblieben: Er widerspricht dem strategielosen Establishment unseres Landes

Dass ein Mitglied der DDR-Kultur-Establishment und notorischer Russland-Versteher wie Friedrich Dieckmann das Buch von Klaus von Dohnanyi dem Verfasser dieser Zeilen wiederholt zur Lektüre empfohlen hat, ist kein Grund, mit Vorurteilen an die Analyse des mit einem neuen, umfangreichen Vorwort versehenen Textes der Zweitaufgabe heranzugehen. Im Übrigen dürfte der Autor des Buches – Jahrgang 1928 und in vielen öffentlichen Ämtern erprobt – jenseits des Verdachtes stehen, im Ukraine-Konflikt für irgendeine Seite Lobbyist zu sein. Der Text, insbesondere das neue Vorwort der Streitschrift, hat den Vorteil, mit einer Reihe von unkonventionellen Fragen die deutsche Strategiedebatte zu beleben.

Sicherlich hat – dies sei vorweggestellt – Dohnanyi recht, wenn er angesichts des plumpen Imperialismus von Präsident Trump das Merz'sche Gerede von der Wertegemeinschaft mit den USA als solches qualifiziert. Ebenso gewiss darf die Beilegung des Konflikts um die Ukraine nicht der Willkür des US-Präsidenten überlassen bleiben, der amateurhaft mit Putin verhandelt und Stümper als Chefunterhändler oder Sondergesandte – so Steve Witkoff – zum Kremlchef schickt. Ebenso gewiss ist, dass es immer noch viele amerikanische Machtpolitiker gibt, die ganz in der Tradition der Politik von Zbigniew Brzezinski auf den „Brückenkopf Europa als Hinterland der USA“ auf keinen Fall verzichten wollen. In die Reihe der Gewissheiten fügt sich, dass spätestens mit dem Verlangen der Russischen Föderation, eine Garantie für den Nichtbeitritt der Ukraine zur Nato abzugeben, viel Verhandlungsspielraum verspielt wurde: Was heute ein unumstößliches Faktum ist – dass die Ukraine nicht Mitglied der Nato wird, weil USA es nicht mehr wollen – war im Winter 2021/2022 das Petitum der Russischen Föderation. Insofern hat Dohnanyi Recht.

In der NATO, also in jenem Bündnis, das von Putin zu Unrecht als „kollektiver Westen“ bezeichnet wird, bestanden 2021/2022 sehr ungenaue Vorstellungen über die russischen Interessen, die amerikanische Strategie und die Verhandlungsoptionen des Kreml. Die kindlichen Versuche des französischen Staatspräsidenten als Bittsteller und die Petition des deutschen Bundeskanzlers kurz vor Ausbruch des Konfliktes gegenüber einem zum Krieg bereits entschlossenen Putin veranschaulichen diese Unprofessionalität.

Allerdings wird sich die These Dohnanyis, die Amerikaner hätten den Krieg in der Ukraine zumindest billigend in Kauf genommen oder sogar gewollt, schwer belegen lassen. Dies gilt schon deshalb, weil die Herausforderung des Westens durch Putin mit dem Einmarsch in der Ukraine, die Heterogenität westlicher Interessen und die Unfähigkeit zum gemeinsamen Handeln der Welt vor Augen geführt hat. Ebenso wenig wird die Bereitschaft auf westlicher Seite, durch qualifizierte Sondergesandte russischen Sicherheitsinteressen verständnisvoll entgegen zu kommen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Ukraine-Konflikt beenden. Putin hat militärisch nur sehr begrenzt Erfolge erzielt, aber bereits jetzt politisch einen Sieg errungen und treibt weiterhin den Westen vor sich her. Dabei kommt ihm zupasse, dass sich mit der Amtsübernahme von Trump die amerikanische Positionierung radikal verändert hat.¹

Derartige Veränderungen gab es von 2014 bis Februar 2022 bereits im amerikanischen Establishment. Kein geringer als Henry Kissinger riet 2014 von einer Nato-Mitgliedschaft der

¹ Über die Gründe des Trumpschen Entgegenkommens gibt es unterschiedlichste Thesen.

Ukraine ab. Ein Territorium, zu dem Kiew gehört, also die ehemalige Hauptstadt Russlands, könne bereits aus geschichtlichen Gründen nicht Teil des westlichen Bündnisses werden. Derselbe Kissinger vertrat -zugeschaltet auf einer Tagung in Davos im Winter 2023- die Meinung, nunmehr sei der Zeitpunkt für einen Nato-Beitritt der Ukraine gekommen. Die Persönlichkeit von Selenskyj habe ihn davon überzeugt².

Indes muss in der gegenwärtigen Situation nach mehr als drei Jahren Krieg nüchtern festgestellt werden:

Die ukrainische Bevölkerung will mehrheitlich unter keinen Umständen noch einmal unter ein sowjetisches Joch kommen und die Bevölkerung der peripheren Staaten, insbesondere die baltischen Staaten sowie Georgien und Aserbaidschan, fürchten russische Soldaten, weil sie kommen und nicht wieder gehen. Russland kann auf Imperialität verzichten, ohne seine Sicherheitsinteressen verletzt zu sehen. Denn der Einmarsch der Wehrmacht 1941 sowie der napoleonische Feldzug von 1815 sind kein nachwirkender Grund mehr, eine Gefahr aus dem Westen zu sehen. Hier dürfte Dohnanyi irren. Russland wird sicher mehr im unbesiedelten Teil des Landes von der aufsteigenden Weltmacht China bedroht. Auf Russland zuzugehen und es an seine Sicherheitslage zu erinnern, liegt schon deshalb im Interesse des Westens, weil das Bündnis zwischen Russland und China widernatürlich ist und eine Integration oder Wiedereingliederung Russlands in den Dialog mit dem Westen das Land aus der künstlichen Osmose mit China lösen würde.

Zutreffend ist die Überlegung von Dohnanyi, bei der Lösung des Ukraine Konfliktes realistischere die territoriale Verteidigungslinie der Ukraine neu zu ziehen. Mit der Haltung des ukrainischen Präsidenten wird nicht einmal ein Waffenstillstand zustande kommen. Die „territorialen Eroberungen“ der Russischen Föderation sind kaum aus der Welt zu schaffen. Indes wäre der Westen gut beraten, über die russische Bedrohung aus dem Oblast Kaliningrad (Nord-Ostpreußen) nachzudenken.

Die Ratschläge von Dohnanyi an die Merz-Regierung dürften gewiss nicht auf Beifall stoßen. Denn Merz übt sich weiter in Nibelungentreue zu den USA, ohne zu erkennen, dass die USA unter Trump das eigentliche Handicap für einen Waffenstillstand und zu einem dauerhaften Frieden sind. Recht hat Dohnanyi mit der Feststellung, dass der Kriegsgrund seit Winter 2021/2022 Nato-Mitgliedschaft der Ukraine heute obsolet geworden ist. Unabhängig von dem was die Ukraine will und einige Länder innerhalb der Nato weiterhin wollen, scheitert eine solche Mitgliedschaft am Veto der USA. Gegenwärtig schreitet Putin unbarmherzig voran. Die Zeit arbeitet für ihn. Im Zermürbungskrieg mit der Ukraine macht er kontinuierlich signifikante Fortschritte, während die Ukraine trotz spektakulärer Schläge gegen die russische Luftflotte es nicht einmal schafft, unter jungen Männern (die in Deutschland weilen und Bürgergeld beziehen) Ersatz für die geschundenen Soldaten in den Schützengräben an der Front zu finden.

Angesichts der durch die Volatilität der amerikanischen Haltung verursachten, taktischen Verworrenheit besteht gewiss die Notwendigkeit einen eigenständigen Gesprächskanal von deutscher Seite mit dem Kreml herzustellen. Ebenso notwendig mag es erscheinen, in der gegenwärtigen Situation nicht nur mit konventioneller Aufrüstung, sondern mit einem tabulosen Nachdenken über die Schließung der nuklearen Sicherheitslücke von deutscher Seite nachzudenken. Es ist auch nicht verdächtig – im Sinne der Russlandversther von AfD bis Wagenknecht – der Russischen Föderation grundsätzlich die Legitimität von Sicherheitsinteressen zuzuerkennen.

² Der Unterzeichner dieser Zeilen hatte hierzu mit Kissinger korrespondiert ohne zu einer Übereinkunft zu gelangen. Der Sinneswandel von Kissinger bleibt rätselhaft und widerspricht seiner bis dahin vorgetragenen historisch begründeten zwingenden Argumentation. Vgl. hierzu Kissinger, A Push for Peace, The Statesman 12/2022

Besonders stimulierend sind die Ausführungen von Dohnanyi zur nuklearen Verteidigung Europas durch die USA. Schwer widerlegbar sind seine Hinweise darauf, dass nicht erst seit der Möglichkeit, Nuklearwaffen auch taktisch einzusetzen, jedweder operativer Einsatz von Nuklearwaffen Europa und insbesondere Deutschland zum Schlachtfeld machen würde. Er weist hierfür auf die zahlreichen Veröffentlichungen von Helmut Schmidt hin. Umso größer ist das Erstaunen darüber, dass es angesichts dieser seriösen Monita nicht seit langem eine ebenso seriöse Diskussion über die Fiktion der nuklearen Teilhabe Deutschlands gibt. Die Amerikaner entscheiden – da hat Dohnanyi Recht – ob, wann und wo Nuklearwaffen zum Einsatz kommen. Deutschland ist dabei ausführendes Organ, nicht mehr, auch wenn ein Vetorecht vereinbart worden ist. Der insistente Hinweis, dass auch die beiden letzten US Administrationen die nukleare Verteidigung Europas als Angelegenheit im amerikanischen Interesse ansehen und im Falle eines Falles, den Einsatz nuklearer Mittel zum Eigenschutz und ggf. zu Lasten des Erhalts des Europäischen Territoriums beschließen, macht die Situation dramatisch, weil die Spannungen zwischen den Nato-Partnern zunehmen und an der Zurechnungsfähigkeit des amerikanischen Präsidenten Trump ernsthafte Zweifel angebracht sind.

Wenngleich diese Hinweise auf die Interesseninkongruenz zwischen Europa und Amerika angesichts des Verhaltens von Trump einleuchten und ggf. die Debatte auch im Bundeswehrestablishment über das anhaltende „Eingebettetsein“ Deutschlands in die Nato stimulieren könnte, so sind die Vorschläge Dohnanyis zur Verstärkung der Diskussion nicht vollständig überzeugend. Das Postulat der „europäischen Souveränität“ ist nicht nur semantisch unlogisch, sondern erinnert an den Lobbyismus von Macron, der im Namen einer angeblich europäischen Souveränität mehr Macht für Frankreich in Europa fordert. Dem kann Dohnanyi trotz der Fehlleistungen Macrons in der Ukrainepolitik sogar viel abgewinnen und will allen Ernstes die militärische Führung in Europa im Interesse einer europäischen Souveränität Frankreich überlassen.³

Dies mit der deutschen Vergangenheit zu begründen, bedeutet, dass man die deutsche Souveränität unter den Teppich französischer Postulate kehrt. Ist sich Dohnanyi über die Konsequenzen seines Postulates im Klaren? Seine Forderungen erfüllen französische Träume. Stets hatte De Gaulle seit 1962 den Wunsch, Deutschland zu vereinnahmen und im Rahmen eines Karolingiens auch die formale Führung in Europa gegenüber den USA zu übernehmen. Angesichts der unterentwickelten europäischen Gesinnung in Frankreich, sind Dohnanyis Vorschläge von der Unkenntnis Frankreichs geprägt. Sie wurde nur noch übertroffen von den Vorschlägen Egon Bahrs, Deutschland möge mit Frankreich zusammen eine binationale Verteidigungsgemeinschaft gründen. Wer die Arbeitsteilung in der militärischen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland im Einzelnen kennt, weiß um den Führungsanspruch der Franzosen und das anhaltend großmächtige Verhalten ihrer militärischen und politischen Eliten. Wer glaubt, mit Frankreich auf diesem Gebiet auf Dauer Partnerschaft praktizieren zu können, irrt sich; genauso gewaltig wie jenes Bundeswehrestablishment (General Naumann beispielsweise), das der „Wertegemeinschaft“ mit den USA ihren Glauben schenkt und so die deutsche Souveränität verpfändet.

Leider setzen sich diese Fehleinschätzungen Dohnanyis auch bei der industriellen Kooperation mit Frankreich fort. Er hält es⁴ für natürlich, dass Führungsrollen nach Kompetenzen verteilt werden. Scheinbar ist ihm die Arbeitsteilung im Unternehmen Airbus wenig vertraut, sonst würde er differenzierter den anhaltenden Wunsch der Franzosen, aus Airbus ein französisches Unternehmen zu machen, gewürdigt haben. Die Kompetenzen im Panzerbau liegen eindeutig in Deutschland, zumal Frankreich seinen letzten Kampfpanzer nirgendwo in der Welt – im Unterschied zum

³ Vgl. Seite 168

⁴ Vergleiche Seite 225

deutschen Leopard – verkaufen konnte. Gleichwohl verlangt Frankreich eine paritätische Beteiligung beim Panzerprojekt MGSZ und erhält sie durch Deutschland auch.

Wenn schließlich Dohnanyi, wie bereits auch in seinem geläuterten Vorwort die institutionelle Ordnung der Europäischen Union und insbesondere die Europäische Kommission kritisiert, so folgt daraus kein institutioneller Neuentwurf. Ja, seine Feststellungen, Europa sei ein Staatenbund und kein Bundesstaat, entsprechend der Rechtslage und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In dem Brüsseler Gewaltenkonglomerat wird allerdings auch ohne Mandat -und zwar ultra vires - auf einem europäischen Bundesstaat hingearbeitet. Währenddessen vermögen sich die Mehrheitsbevölkerung der europäischen Länder immer weniger mit den Brüsseler Eliten zu identifizieren. Das Gehabe von Frau von der Leyen hat dazu geführt, dass besonders in den mittelgroßen Ländern der EU (Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark) ein wachsender Vorbehalt gegenüber den Brüsseler Institutionen aufgekommen ist.

Der institutionelle Neuentwurf für die europäische Union liegt daher nicht in einer Erweiterung der Kompetenzen, sondern in einer Reduzierung der EU- Zuständigkeiten. Das opportunistische weitere Mitschwimmen Deutschlands im Mainstream der Brüsseler Bürokratie entspricht der Geisteshaltung der deutschen Parteipolitik, aber nicht dem Anspruch einer souveränen Nation.

Es ist zu hoffen, dass das Buch von Dohnanyi die deutsche Diskussion um eine nationale Strategie belebt. Hierfür ist es höchste Zeit, zumal die neue Bundesregierung mit ihrem „nationalen Sicherheitsrat“ an der Sache nichts ändert, sondern nur eine Vokabel reformiert hat.